

V-4

Antragsteller*innen: Rolf Schmidt u.a.

Gegenstand: TOP 8: Sonstige Anträge und Resolutionen

VORAUSSCHAUENDE KONVERSIONSPOLITIK BEI WEGFALL DES VERBRENNUNGSMOTORS

- 1 Die LDK möge beschließen, die Landtagsfraktion aufzufordern eine Arbeitsgruppe einzu-
- 2 setzen, die umgehend und umfassend untersucht wie viele Arbeitsplätze und Unterneh-
- 3 men/Betriebe bei einem Wegfall des Verbrennungsmotors in Baden-Württemberg existen-
- 4 tiell bedroht sind und wie mit einer vorausschauenden Konversionspolitik, die Arbeitsplät-
- 5 ze und die Unternehmen/Betriebe langfristig gesichert werden können.

Begründung

Der Klimaschutz und damit verbunden der Ausstieg aus der Verwendung fossiler Energieträger ist für uns von Bündnis 90/Die Grünen elementare Entscheidungs- und Handlungsmaxime. Daher begrüßen wir auch das für 2030 angestrebte Ende des Verbrennungsmotors und die Ankündigung vor allem Chinas, ab 2018 bereits den Verkauf von KFZ mit Verbrennungsmotoren stark einzuschränken. Diese Entwicklung bedeutet für die heimische Automobilindustrie ein unmittelbares Umschalten der Produktentwicklung.

Die Produktion von Elektrofahrzeugen hat weitgreifende Auswirkungen auf unsere hiesigen Arbeitsplätze. Wir haben in Baden-Württemberg, sowohl in den Ballungsgebieten als auch im ländlichen Raum, eine Vielzahl kleiner und mittelständischer Unternehmen, deren Existenz sich seit vielen Jahrzehnten um die Produktion und technische Entwicklung aller Facetten des Verbrennungsmotors dreht. Ein Wegfall des Verbrennungsmotors wird daher nicht nur 100 Jahre technische Entwicklung obsolet machen, sondern viele tausend Arbeitsplätze und Unternehmen in Baden-Württemberg existenziell gefährden, die bisher in einer großen Fertigungstiefe und Wertschöpfungskette einen sehr großen volkswirtschaftlichen Anteil an der wirtschaftlichen Substanz von Baden-Württemberg haben.

Der Umstieg auf E-Mobilität ist seit Langem notwendig und unumgänglich. Aber wir sind auch der Auffassung, dass wir jetzt die Auswirkungen des Umstiegs auf Arbeitsplätze und Unternehmen ehrlich erörtern und die Konsequenzen benennen müssen. Wir müssen mit

einer vorausschauenden Konversionspolitik die Weichen stellen, um Unternehmen und Beschäftigten neue Perspektiven zu geben, die von einem Wegfall einer Produktion des Verbrennungsmotors, betroffen sein werden.

Der erste Schritt wäre faktisch festzustellen, wie viele Unternehmen und Beschäftigte betroffen sind. Hierzu gehören nicht nur die produzierenden Firmen und ihre Zulieferbetriebe, sondern auch die gesamte Produktionskette und Dienstleistung um den Verbrennungsmotor. Das fängt an bei den Tankstellen, den Schmierstoffherstellern, den Kfz-Werkstätten und endet bei all den Dienstleistungen, die es um das Auto herum in seiner heutigen Form gibt.

Es gibt viele Beispiele in der historischen Entwicklung Baden-Württembergs wie oft man zu lange ein „totes Pferd geritten hat“. Zu nennen sind hier die Unterhaltungselektronik, die Textil-, Leder- und Schuhindustrie, die analoge Telekommunikationsindustrie, in denen einst Hunderttausende Beschäftigte gearbeitet haben und die in wenigen Jahren von der Bildfläche verschwunden sind. Immer verbunden mit katastrophalen Folgen für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, aber auch für sehr viele klein- und mittelständische Unternehmen vor allem auch im ländlichen Raum. Es hat oft Jahrzehnte gebraucht, bis alternative Produktionen etabliert werden konnten.

Die Politik kann hier vorausschauend Rahmenbedingungen schaffen, die ein frühzeitiges Umsteuern für alle Betroffenen möglich machen. Dies sollten wir uns als GRÜNE auch in der wirtschaftlichen Verantwortung mit zu eigen machen.

Antragsteller*innen

Rolf Schmidt, Christel Brodersen, Andrea Sieber, Frieder Bayer, Brigitte Seiz, Iris Förster, Sabine Dilger, Götz Poppitz, Willi Halder, Melanie Lang, Peter Knauber, Bernd Messinger (alle KV Rems-Murr), Jörg Bischof (KV Tübingen), Catherine Kern (KV Hohenlohe)